Parkierungskonzept - Erfahrungen und Änderungen

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Sitzungsart
Gemeinderat	12.04.2022	Beschlussfassung	öffentlich

I. Sachverhalt

Der Gemeinderat hat in den Sitzungen am 18.05.2021, 01.09.2020, 23.06.2020, 26.05.2020 und 19.11.2019 verschiedene Beschlüsse zur Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Straßenraum und zum neuen EnzParkHaus gefasst. Als letzte Änderung wurden die Einführung von Halbjahres- und Ganzjahrestickets beschlossen sowie die Voraussetzungen zur Berechtigung eines Bewohnerparkausweises angepasst. Bereits in der Sitzung vom 01.09.2020 wurde der Vorschlag geäußert, die Gebühr für den Bewohnerparkausweis, sobald der gesetzliche Rahmen dies zulässt, zu erhöhen. Dies ist mittlerweile durch Verordnung der Landesregierung geschehen.

II. Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt die Satzung der Stadt Besigheim über die Erhebung von Parkgebühren für das Bewohnerparken gemäß Anlage 4 dieser Vorlage, in welcher die jährliche Gebühr für einen Bewohnerparkausweis ab dem 01.07.2022 auf 50 Euro pro Jahr festgesetzt wird.

III. Begründung

Die jährliche Gebühr für das Bewohnerparken wurde bisher durch die Ziff. 265 der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt) vorgegeben und betrug maximal 30,70 Euro pro Jahr. Da diese Gebühr seit 1993 nicht mehr angepasst wurde und nur den Verwaltungsaufwand der Ausstellung abdeckte, bestätigte der Bundesrat einen Gesetzentwurf des Bundestages zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG), der die Landesregierung ermächtigt, Gebührenordnungen zur Erhebung von Gebühren für das Ausstellen von Parkausweisen für Bewohner/innen selbst zu erlassen oder diese Ermächtigung nach § 6a Absatz 5a Satz 5 in Form einer Delegationsverordnung auf die Kommunen zu übertragen.

Durch die Verordnung der Landesregierung vom 14. Juli 2022 zur Erhebung von Parkgebühren werden die örtlichen und unteren Straßenverkehrsbehörden ermächtigt, die Gebührensätze für das Ausstellen von Parkausweisen für Bewohner städtischer Quartiere mit erheblichem Parkraumangel eigenständig festzusetzen.

Bei der Gebührenfestsetzung können nach § 1 Absatz 2 der Verordnung neben dem Verwaltungsaufwand die Bedeutung der Parkmöglichkeiten, deren wirtschaftlicher Wert oder der sonstige Nutzen der Parkmöglichkeiten für die Bewohner angemessen berücksichtigt werden. Kriterien hierfür können insbesondere die Größe des parkenden Fahrzeugs, die Anzahl der Fahrzeuge der Halterin oder des Halters sowie die Lage der Parkmöglichkeiten sein.

Im Bereich der Altstadt wurde im September 2020 das Bewohnerparken eingeführt. Dies hatte den Hintergrund, dass zeitgleich auf den größeren Parkplätzen (Kelterplatz und Tiefgarage, Parkplätze Kleines Neckerle, Bauhof und Oberamteigasse) eine Gebührenpflicht eingeführt wurde. Durch den Bewohnerparkausweis wird man hiervon befreit. Zudem wurde im Bereich der Bietigheimer Straße, Lutzstraße, Mattesstraße und Gutenbergstraße die Parkzeitbeschränkung verkürzt bzw. neu eingeführt. Dortige Bewohner/innen können analog dem Bewohnerparken eine Ausnahmegenehmigung für 50 Euro pro Jahr beantragen.

Im September 2021 wurde der Bereich um die Zulassungsstelle als Parkverbotszone ausgewiesen. Auch hier können in diesem Bereich wohnende Bewohner/innen eine Ausnahmegenehmigung für 50 Euro pro Jahr beantragen.

Legt man diese Vergleichswerte zu Grunde und orientiert sich an der bisherigen Gebühr für Bewohnerparkausweise von 30 Euro, ist eine Erhöhung auf 50 Euro pro Jahr angemessen. Unter Berücksichtigung einer verkehrspolitischen Lenkungsfunktion und gemessen am wirtschaftlichen Wert der Fläche ist diese Gebühr sicherlich als gering anzusehen.

Aufgrund der vergleichsweise geringen Erhöhung (siehe andere Städte und Kommunen) soll in Bietigheim auf eine weitere Differenzierung der Gebühr nach Größe der Fahrzeuge oder Antriebsart verzichtet werden. Da das Bewohnerparken auf maximal einen Ausweis pro Haushalt begrenzt ist, kommt auch keine gestaffelte Gebühr nach Anzahl der Ausweise pro Haushalt in Betracht.

Zur Festsetzung der Gebühr für das Bewohnerparken ist es erforderlich eine Satzung zu erlassen (siehe Anlage 4).

Sonstige Änderungen im Parkierungskonzept im Bereich der Altstadt sind nicht geplant. Insbesondere soll der Bereich Bühl und Entengasse mit der zwei Stunden Parkregelung bestehen bleiben, da sich in diesem Bereich im Gegensatz zum übrigen Bereich der Altstadt vergleichsweise wenig Geschäfte befinden. Auch der Parkplatz Bühl soll weiterhin ohne Parkzeitbeschränkung bleiben, damit insbesondere für Bewohner/innen, welche keinen Anspruch auf einen Bewohnerparkausweis haben, eine gebührenfreie und zeitlich unbeschränkte Möglichkeit zum Parken bestehen bleibt.

IV. Relevanz Gesamtstädtisches Entwicklungskonzept

Das Bewohnerparken ermöglicht den Bewohnern der Altstadt Parkmöglichkeiten und belässt zugleich die meisten Parkflächen im Bereich der Altstadt für zeitbeschränktes Parken verfügbar.

V. Haushaltsrechtliche Auswirkungen

Durch die Erhöhung der Gebühr von 30 Euro pro Jahr auf 50 Euro pro Jahr wird eine Steigerung der jährlichen Einnahmen bei durchschnittlich 200 ausgestellten Ausweis pro Jahr von 6.000 Euro auf 10.000 Euro erwartet. Es wird davon ausgegangen, dass die moderate Erhöhung der Gebühr nicht zu einer Reduktion der Antragstellung bzw. Verlängerung der Ausweise führt.